

16 Milliarden für heisse Luft

Die Schweiz exportiert jetzt offiziell ihr CO₂

Kommentar des Schweizerischen Vereins WIR

Röstis grosser CO₂-Export oder: Wenn Politik Dampf produziert

Es gibt Tage, an denen man als Bürger dieses Landes nicht weiss, ob man lachen oder weinen soll. Der 17. Juni 2025 ist so ein Tag. Bundesrat Albert Rösti, seines Zeichens Energieminister und frischgebackener «Kapitän der Klimaneutralität», hat in Norwegen feierlich ein [Abkommen](#) unterzeichnet, **das die Schweiz zur ersten Nation macht, die ihre Luft exportiert - buchstäblich.** Mit ernster Miene, gelbem Helm und vor industrieller Kulisse verkündet er: «Wir speichern unser CO₂ künftig unter dem Meeresboden.»

Was für die einen nach Fortschritt klingt, ist in Wahrheit die teuerste Selbstparodie der Schweizer Klimapolitik seit Erfindung des Emissionszertifikats. Laut offiziellen Klimaszenarien des Bundes erwärmt sich die Schweiz doppelt so stark wie der Rest der Welt. Eine Aussage, die offenbar auch für die politische Temperatur gilt. Neueste, selbstverständlich unabhängige Studien wollen nun herausgefunden haben, dass Wasser in der Schweiz bereits bei 80 Grad zu sieden beginnt. Ein Phänomen, das man wahlweise der Alpenluft oder dem Überdruck im Bundeshaus zuschreiben kann. Der Schweizerische Verein WIR fordert daher konsequenterweise, dass künftig auch die Schweizer Physik an die Pariser Klimaziele angepasst wird: Wenn die Realität nicht mit den Modellen übereinstimmt, muss eben die Realität korrigiert werden.

Klimawissenschaft nach Bedarf

Während das Land mit leeren Stauseen, überalterter Infrastruktur und explodierenden Strompreisen kämpft, will der Bund 16,3 Milliarden Franken [investieren](#), also **mehr als der Gotthard-Basistunnel gekostet hat**, in die Lagerung eines Gases, das in jedem Chemieunterricht als natürlicher Bestandteil der Luft behandelt wurde. Wir fragen uns:

Hat Herr Rösti die Schule etwa verlassen, bevor dieses Kapitel dran war? Denn CO₂ ist kein Gift, keine Bedrohung, sondern Grundlage allen pflanzlichen Lebens. Ohne CO₂ gäbe es weder Wälder noch Weizen, weder Alpenblumen noch

Schweizer Käse.

Aber wer braucht schon Biologie, wenn man ein globales Geschäftsmodell aus «Negativemissionen» bauen kann?

Die Ökonomie des Absurden

Das Abkommen mit Norwegen ist ein diplomatisches Kunststück: Die Schweiz darf ihren «Kohlenstoff-Fussabdruck» nun über die Landesgrenzen hinaustragen und dort deponieren. Norwegen, das Öl fördert und gleichzeitig CO₂ speichert, nimmt das Geld dankend an, schliesslich ist das neue Geschäftsfeld weitaus lukrativer als das reine Fördern von Rohstoffen. **So entsteht ein moralisch poliertes Kreislaufsystem: Wir exportieren die Symbolik, Norwegen importiert die Subventionen.**

Doch wie funktioniert das Ganze in der Praxis? Ganz einfach: Wir bauen kilometerlange Pipelines, Tankschiffe und Hightech-Anlagen, um CO₂ einzufangen, zu verflüssigen und Richtung Nordsee zu schicken. Ein logistisches Meisterwerk der Sinnlosigkeit. Denn das Bundesamt für Justiz hat inzwischen festgestellt, dass der Bund weder Betrieb noch Unterhalt dieser Infrastruktur dauerhaft finanzieren darf, weil das verfassungswidrig wäre. Doch anstatt die Idee zu begraben, wird nun nach einem «kombinierten Modell» gesucht, sprich: der Bund bezahlt, die Privatwirtschaft verdient. **Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren. Das alte Motto der Klimapolitik.**

Der neue Ablasshandel

Währenddessen verkaufen uns Politiker und NGOs diese Absurdität als «Schlüsseltechnologie». Eine Technologie, die laut Studien nur mit Milliardenhilfen rentiert, und selbst dann nur auf dem Papier. Eine Technologie, die Emissionen angeblich bindet, aber in Wahrheit Kapital und Glaubwürdigkeit vergräbt. Eine Technologie, die, wie alles in dieser Branche, vor allem eines kann: Kosten externalisieren. Für jeden Franken, der in diese Projekte fliesst, verschwindet ein weiterer aus der realen Wirtschaft, der Forschung, den Gemeinden. Der Bürger bezahlt mit höheren Preisen, die Industrie mit abwandernden Betrieben, und die Natur, die eigentliche, nicht die modellierte, mit zusätzlicher Bürokratie.

Und dann wären da noch die sogenannten «Negativemissionen». Das neue Lieblingswort der Klimabürokratie. Ein Begriff, so nebulös wie die Substanz selbst. Man «entzieht der Atmosphäre» CO₂, verbucht das als Tugend und lässt sich die Differenz zwischen Aufwand

und Marktpreis vom Staat vergolden. Es ist der mittelalterliche Ablasshandel in digitaler Form: **Sündige weiter, aber kauf dich frei.** Die CO₂-Bilanz wird zur buchhalterischen Fiktion, ein moralisches Excel-Dokument, in dem die Zahlen stimmen, während die Realität längst auf der Strecke bleibt.

Die Profiteure der heissen Luft

Der Schweizerische Verein WIR sagt: **Schluss mit dieser Wissenschaftsfolklore.** Wir fordern ehrliche Energiepolitik statt CO₂-Mystik, realen Fortschritt statt moralischen Ablass. Die Klimaziele der Schweiz wurden nie demokratisch in ihrer ökonomischen Tragweite beschlossen, sondern als alternativlose Notwendigkeit verkauft.

Doch die eigentliche Frage lautet nicht, ob das demokratisch legitimiert ist, sondern ob der Bundesrat überhaupt mit überprüfbaren Fakten belegen kann, dass CO₂ in irgendeiner Weise schädlich für den Planeten ist.

Bis heute steht dieser Nachweis aus. Stattdessen werden Milliarden in eine Symbolpolitik investiert, die Glauben statt Wissen belohnt. **Wenn schon CO₂ exportiert wird, dann bitte jene Sorte, die in Bern seit Jahren in endlosen Sitzungen produziert wird.** Dort wäre das Potenzial beträchtlich.

Die groteske Ironie: Während Politiker in Norwegen symbolisch ein CO₂-Schiff taufen, drohen in der Schweiz KMU zu ertrinken. Nicht in Emissionen, sondern in Abgaben, Formularen und Regulierung. Wer CO₂ ausstösst, soll zahlen, heisst es. Nur zahlt am Ende jeder, ausser die Profiteure der neuen grünen Blase: die Projektentwickler, Banken, Zertifikatehändler und Beratungsfirmen, die aus Luft Geld machen. Man fragt sich unweigerlich, ob auch in Bern jene familiären und freundschaftlichen Netzwerke blühen, die in Deutschland unter Herrn Habeck längst als Geschäftsmodell perfektioniert wurden. Oder stehen am Ende gar Röstis Schwippschwager, Nichten und Neffen auf der Liste der Nutzniesser dieses neuen Klimakapitalismus? In dieser Hinsicht ist Röstis Abkommen tatsächlich ein «weltweites Pionierprojekt»: ein Musterbeispiel für politische Alchemie.

Faktencheck für Fortgeschrittene (und Bundesräte)

Der Schweizerische Verein WIR erlaubt sich an dieser Stelle eine kleine Rechenübung, die selbst in einer Primarschule keine Hausaufgabe wert wäre, in Bern jedoch ganze

Ministerien beschäftigt.

Der [CO₂-Gehalt der Atmosphäre](#) beträgt rund 0,04 %. Davon stammen nach anerkannten Kohlenstoffbilanzen rund 97 % aus natürlichen Quellen, Ozeanen, Böden, Pflanzen und Vulkanen, und nur etwa 3 % aus menschlicher Aktivität. Rechnet man das nach, [ergibt das 0,0012 % menschengemachtes CO₂](#) in der gesamten Atmosphäre.

Und nun kommt die Pointe: Die Schweiz verursacht rund 0,1 % der weltweiten Emissionen. Das heisst: $0,0012 \% \times 0,1 \% = 0,0000012 \%$. Das ist der Schweizer Anteil am globalen CO₂-Gehalt.

Oder bildlich gesprochen: Von 100'000 Luftmolekülen sind vierzig CO₂, und der Schweizer Beitrag zur jährlichen CO₂-Zunahme entspricht davon etwa einem Tausendstel.

Und auf dieser statistischen Nebelspur basiert nun eine milliardenschwere Klimapolitik, ein globales Handelssystem und ein moralischer Ablassmarkt. Man könnte es fast bewundern, wäre es nicht so grotesk teuer.

Warum alle weitermachen

Warum also machen alle weiter, vor allem die Staatisten (*kein Schreibfehler*) in Bern, in Berlin und in Brüssel, obwohl längst klar ist, dass der [Mythos vom menschengemachten Klimawandel](#) wissenschaftlich nicht haltbar ist?

Weil sie es nicht zugeben können. Denn ein Eingeständnis würde bedeuten, dass sie auf einen Schwindel hereingefallen sind, den jeder Grundschüler mit einem einfachen Dreisatz entlarven kann.

Das wäre ihr intellektueller Offenbarungseid und nichts fürchtet das politische Establishment mehr, als dumm dazustehen, nachdem man die Welt mit moralischem Furor missioniert hat.

Fazit: Realität sucht Anschluss an die Physik

Und nun, da das Bundesamt für Umwelt stolz verkündet, die Vorlage komme

«voraussichtlich 2026 in die Vernehmlassung», bleibt nur zu fragen: Wie viele Milliarden braucht es noch, bis jemand auf die Idee kommt, das Klima einfach dem Klima zu überlassen? Denn das ist das unausgesprochene Dogma der ganzen Inszenierung: Der Mensch glaubt, er könne mit genügend Geld, Gesetzen und Technik den Planeten in den Griff kriegen. Doch was er tatsächlich kontrolliert, ist nur die eigene Überheblichkeit.

Der Schweizerische Verein WIR fordert: Keine weitere Verlagerung des gesunden Menschenverstands in unterirdische Speicher. Keine neuen Fonds, keine CCfD-Tricks (*Carbon Contracts for Difference*), keine Pipeline-Utopien. Stattdessen: Energieunabhängigkeit, Transparenz, und eine Rückkehr zur Wissenschaft. Jener echten, die sich auf Beobachtung und Fakten stützt, nicht auf politische Glaubenssätze.

Zur Erinnerung: CCfD steht für *Carbon Contracts for Difference*, ein staatlich garantierter Preisausgleich, bei dem der Steuerzahler die Differenz zwischen realen Kosten und Marktpreis übernimmt. Wenn also eine Tonne CO₂-Vermeidung 600 Franken kostet, der Markt aber nur 100 zahlt, füllt der Staat die Lücke. Ein perfektes Modell: Gewinne privat, Verluste kollektiv und das Ganze getarnt als «Innovationsförderung».

Die Schweiz braucht keine «Netto-Null-Show». Sie braucht Politiker, die rechnen können und Schüler, die den Chemieunterricht nicht schwänzen oder vorher die Schule verlassen haben.

Und jeder, der dieses Vorhaben tatsächlich zu unterstützen gedenkt, sollte vorher wenigstens [dieses Paper](#) lesen. Es könnte heilsam wirken: *Global Warming and the «impossible» Radiation Imbalance*.

Wer bereits ein Offshore-Konto besitzt, darf den Lektürehinweis selbstverständlich überspringen.

Von Christian Oesch, Präsident Schweizerischer Verein WIR
<christian.oesch@vereinwir.ch>

An albert.roesti@gs-uvek.admin.ch

Kopie martin.pfister@gs-vbs.admin.ch, Ignazio.Cassis@eda.admin.ch, beat.jans@gs-ejpd.admin.ch, elisabeth.baume-schneider@gs-edi.admin.ch, karin.keller-sutter@gs-efd.admin.ch, guy.parmelin@gs-wbf.admin.ch, viktor.rossi@bk.admin.ch, info@bk.admin.ch, info@gs-uvek.admin.ch, yves.bichsel@gs-uvek.admin.ch

16 Milliarden für heisse Luft – Die Schweiz exportiert jetzt offiziell ihr CO₂

Bcc: Chefredaktoren

Datum: 12.11.2025 17:55

Priorität Höchste

16 Milliarden für heisse Luft -Die Schweiz exportiert jetzt offiziell ihr CO₂

Lieber Albert,

anbei erhältst du den Kommentar „16 Milliarden für heisse Luft – Die Schweiz exportiert jetzt offiziell ihr CO₂“. Wir haben ihn nicht geschrieben, um zu provozieren, sondern weil Millionen von Mitmenschen wirklich fassungslos sind, wohin sich diese Politik gerade bewegt.



Das Abkommen mit Norwegen ist für viele Menschen in diesem Land schlicht nicht mehr nachvollziehbar. Es wirkt wie eine Flucht aus der Realität, eine Politik der Symbole, fern jeder wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vernunft. Dass die Schweiz 16 Milliarden Franken in den Export von CO₂ investieren will, während im eigenen Land Strompreise, Infrastruktur und Mittelstand kollabieren, ist kein Fortschritt, sondern ein Offenbarungseid und für mich nichts anderes als ein massiver Betrug!

Albert, du weisst, dass viele Menschen, wie mein Vater (einer deiner sehr nahen SVP Kollege), dich einst als bodenständig und ehrlich wahrgenommen haben, ich ebenfalls. Genau deshalb richten wir dieses Schreiben persönlich an dich. Wir hoffen, du findest den Mut, dich aus diesem technokratischen Klima-Kult zu lösen und wieder Politik für die Menschen in der Schweiz zu machen, nicht für Modelle, Verträge und Ideologien. Bitte lies den beigefügten Beitrag mit offenem Blick, er ist keine Anklage, sondern ein Weckruf für dich und deine voreingenommenen Kult-Berater.

Wir verfolgen jeden Schritt und jede Entscheidung, die du als Bundesrat machst. Noch ist

16 Milliarden für heisse Luft – Die Schweiz exportiert jetzt offiziell ihr CO₂

Zeit, den Kurs zu korrigieren.

Mit herzlichen, aber entschiedenen Grüssen

Christian Oesch , Präsident